

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1968

Ausgegeben am 5. April 1968

34. Stück

- 116.** Bundesgesetz: Abänderung des Bundesgesetzes über den sozialversicherungsrechtlichen Schutz der den Präsenzdienst leistenden Wehrpflichtigen
- 117.** Verordnung: Umlegung von Teilen der Hausruck Straße im Bereich der Gemeinde Regau auf die neu hergestellten Straßenteilstücke und Auflassung der bisherigen Straßenteilstücke als Bundesstraße
- 118.** Verordnung: Umlegung eines Teiles der Turracher Straße im Bereich der Gemeinde Predlitz auf das neu geschaffene Straßenteilstück und Auflassung des bisherigen Straßenteilstückes als Bundesstraße
- 119.** Verordnung: Umlegung von Teilstrecken der Grazer Bundesstraße auf die neu hergestellte Strecke „Umfahrung Gratkorn“ und Auflassung der bisherigen Straßenteile als Bundesstraße
- 120.** Verordnung: Umlegung von Teilen der Sobother Straße im Bereich der Ortsgemeinden Sankt Oswald ob Eibiswald und Soboth auf die neu hergestellten Straßenstrecken und Auflassung der bisherigen Straßenteile als Bundesstraße
- 121.** Verordnung: Umlegung eines Teilstückes der Eisen Bundesstraße im Bereich der Gemeinde Sankt Peter—Freienstein auf die neu hergestellte Straßenstrecke und Auflassung des bisherigen Teilstückes als Bundesstraße
- 122.** Verordnung: Auflassung der Ortsdurchfahrtsstrecke der Kleinwalsertal Straße, Bundesstraße Nr. 201, von der Abzweigung Mittelberg—Baad bis zur Kirche Mittelberg als Bundesstraße
- 123.** Übereinkommen zwischen dem Bundesministerium für Finanzen der Republik Österreich und dem Verkehrsministerium der Volksrepublik Polen über die steuerliche Behandlung des grenzüberschreitenden Güterverkehrs auf der Straße
- 124.** Notenwechsel zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung von Kanada betreffend den Commonwealth Kriegsfriedhof in Klagenfurt

116. Bundesgesetz vom 7. März 1968, mit dem das Bundesgesetz über den sozialversicherungsrechtlichen Schutz der den Präsenzdienst leistenden Wehrpflichtigen abgeändert wird

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I

Das Bundesgesetz vom 18. Juli 1956, BGBl. Nr. 153, über den sozialversicherungsrechtlichen Schutz der den Präsenzdienst leistenden Wehrpflichtigen in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 297/1960, BGBl. Nr. 325/1963 und BGBl. Nr. 170/1966, wird abgeändert wie folgt:

1. a) Im § 1 erhält der bisher einzige Absatz die Bezeichnung Abs. 1.

b) Im § 1 Abs. 1 (neu) ist die Zitierung „§§ 2 bis 4“ durch die Zitierung „§§ 2 und 3“ und der Ausdruck „der §§ 2 und 4“ durch den Ausdruck „des § 2“ zu ersetzen.

c) Im § 1 ist als Abs. 2 anzufügen:

„(2) Einer Pflichtversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung im Sinne des Abs. 1 ist eine auf einer Beschäftigung beruhende Pflichtversicherung in der Krankenversicherung im Ausland gleichzuhalten, sofern mit dem in Betracht kommenden Staat ein Abkommen auf dem Gebiete der Krankenversicherung besteht, das durch die Gleichstellung der Staatsangehörigen der beiden Staaten sowie durch die gegenseitige Berücksichtigung von versicherungsrechtlichen Tatbeständen ein umfassendes Gegenseitigkeitsverhältnis im Bereich der Krankenversicherung bewirkt. Die Krankenversicherung ist in diesem Fall von dem Versicherungsträger durchzuführen, der zuständig wäre, wenn der Wehrpflichtige eine gleichartige Beschäftigung an seinem letzten inländischen Wohnsitz, wenn ein solcher nicht gegeben ist, in Wien ausgeübt hätte.“

2. § 2 Abs. 2 hat zu lauten:

„(2) Der Bund hat an den Versicherungsträger einen Pauschalbetrag in der Höhe

- a) von 80 S monatlich (18'96 S wöchentlich, 2'70 S täglich) für jeden Familienangehörigen gemäß § 123 Abs. 1 bis 6 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes, BGBl. Nr. 189/1955,
- b) von 25 S monatlich (5'60 S wöchentlich, 0'80 S täglich) für jeden Familienangehörigen gemäß § 46 Abs. 1 bis 5 des Bauern-Krankenversicherungsgesetzes, BGBl. Nr. 219/1965,

des im ordentlichen oder außerordentlichen Präsenzdienst stehenden Wehrpflichtigen zu leisten.“

Artikel II

Wirksamkeitsbeginn

Dieses Bundesgesetz tritt mit 1. Jänner 1968 in Wirksamkeit.

Artikel III

Vollziehung

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für soziale Verwaltung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung betraut.

	Jonas	
Klaus	Rehor	Prader

117. Verordnung des Bundesministeriums für Bauten und Technik vom 19. März 1968, mit der Teile der Hausruck Straße im Bereich der Gemeinde Regau auf die neu hergestellten Straßenteilstücke umgelegt und die bisherigen Straßenteilstücke als Bundesstraße aufgelassen werden

Auf Grund des § 2 Abs. 2 des Bundesstraßengesetzes, BGBl. Nr. 59/1948, wird verordnet:

Die Straßenteilstücke der Hausruck Straße in der Gemeinde Regau von

1. km 55,490 (alt) bis km 57,225 (alt),
2. km 57,235 (alt) bis km 58,340 (alt),
3. km 58,750 (alt) bis km 58,930 (alt),
4. km 59,265 (alt) bis km 59,470 (alt),
5. km 59,895 (alt) bis km 64,009 (alt)

werden auf die neu hergestellten Straßenteilstücke umgelegt und die bisherigen Straßenteilstücke als Bundesstraße aufgelassen.

Kotzina

118. Verordnung des Bundesministeriums für Bauten und Technik vom 19. März 1968, mit der ein Teil der Turracher Straße im Bereich der Gemeinde Predlitz auf das neu geschaffene Straßenteilstück umgelegt und das bisherige Straßenteilstück als Bundesstraße aufgelassen wird

Auf Grund des § 2 Abs. 2 des Bundesstraßengesetzes, BGBl. Nr. 59/1948, wird verordnet:

Das Straßenteilstück der Turracher Straße im Bereich der Gemeinde Predlitz von km 61,755 bis km 62,565 wird auf das neu hergestellte Straßenteilstück umgelegt und das bisherige Straßenteilstück als Bundesstraße aufgelassen.

Kotzina

119. Verordnung des Bundesministeriums für Bauten und Technik vom 19. März 1968, mit welcher die Teilstrecken der Grazer Bundesstraße von km 38,630 bis km 39,390 und von km 39,770 bis km 43,950 auf die neu hergestellte Strecke „Umfahrung Gratkorn“ umgelegt und die bisherigen Straßenteile als Bundesstraße aufgelassen werden

Auf Grund des § 2 Abs. 2 des Bundesstraßengesetzes, BGBl. Nr. 59/1948, wird verordnet:

Die Straßenteilstrecken der Grazer Bundesstraße von km 38,630 bis km 39,390 und von km 39,770 bis km 43,950 werden auf die neu hergestellte Strecke „Umfahrung Gratkorn“ umgelegt und die bisherigen Straßenteile als Bundesstraße aufgelassen.

Kotzina

120. Verordnung des Bundesministeriums für Bauten und Technik vom 19. März 1968, mit der Teile der Sobother Straße im Bereich der Ortsgemeinden Sankt Oswald ob Eibiswald und Soboth auf die neu hergestellten Straßenstrecken umgelegt und die bisherigen Straßenteile als Bundesstraße aufgelassen werden

Auf Grund des § 2 Abs. 2 des Bundesstraßengesetzes, BGBl. Nr. 59/1948, wird verordnet:

Die Teilstrecken der Sobother Straße im Bereich der Gemeinden Sankt Oswald ob Eibiswald und Soboth von

1. km 12,175 bis km 12,330,
2. km 12,605 bis km 12,800,
3. km 13,260 bis km 13,305,
4. km 13,750 bis km 13,818,
5. km 14,450 bis km 14,585,
6. km 14,720 bis km 16,045

werden auf die neu hergestellten Straßenstrecken umgelegt und die bisherigen Straßenteilstücke als Bundesstraße aufgelassen.

Kotzina

121. Verordnung des Bundesministeriums für Bauten und Technik vom 19. März 1968, mit der ein Teilstück der Eisen Bundesstraße im Bereich der Gemeinde Sankt Peter-Freienstein auf die neu hergestellte Straßenstrecke umgelegt und das bisherige Teilstück als Bundesstraße aufgelassen wird

Auf Grund des § 2 Abs. 2 des Bundesstraßengesetzes, BGBl. Nr. 59/1948, wird verordnet:

Die Teilstrecke der Eisen Bundesstraße im Bereich der Gemeinde Sankt Peter-Freienstein von km 139,603 bis km 139,720 wird auf das neu hergestellte Straßenteilstück umgelegt und das

bisherige Straßenteilstück als Bundesstraße aufgelassen.

Kotzina

122. Verordnung des Bundesministeriums für Bauten und Technik vom 19. März 1968, mit der die Ortsdurchfahrtsstrecke der Kleinwalsertal Straße, Bundesstraße Nr. 201, von der Abzweigung Mittelberg—Baad bis zur Kirche Mittelberg als Bundesstraße aufgelassen wird

Auf Grund des § 2 Abs. 2 des Bundesstraßengesetzes, BGBl. Nr. 59/1948, wird verordnet:

Die Ortsdurchfahrtsstrecke der Kleinwalsertal Straße, Bundesstraße Nr. 201, von der Abzweigung Mittelberg—Baad bis zur Kirche Mittelberg wird als Bundesstraße aufgelassen.

Kotzina

123.

ÜBEREINKOMMEN

zwischen dem Bundesministerium für Finanzen der Republik Österreich und dem Verkehrsministerium der Volksrepublik Polen über die steuerliche Behandlung des grenzüberschreitenden Güterverkehrs auf der Straße

Das Bundesministerium für Finanzen der Republik Österreich

und

das Verkehrsministerium der Volksrepublik Polen

haben, von dem Wunsche geleitet, den grenzüberschreitenden Güterverkehr auf der Straße zwischen Österreich und Polen zu erleichtern, durch ihre Bevollmächtigten folgendes vereinbart:

Artikel 1

1. Polnischen Kraftfahrzeugen, die im grenzüberschreitenden Güterverkehr eingesetzt sind, wird in Österreich Befreiung von der Kraftfahrzeugsteuer eingeräumt, wenn der Aufenthalt des Kraftfahrzeuges auf österreichischem Gebiet ein Jahr nach jedem Grenzübertritt nicht überschreitet.

2. Polnische Unternehmer, die im grenzüberschreitenden Verkehr auf der Straße Beförderungen von Gütern mit in Polen zum Verkehr zugelassenen Kraftfahrzeugen durchführen, entrichten in Österreich die Beförderungssteuer für jede

POROZUMIENIE

między Związkowym Ministerstwem Finansów Republiki Austrii a Ministerstwem Komunikacji Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w sprawie opłat od międzynarodowego przewozu drogowego ładunków

Związkowe Ministerstwo Finansów Republiki Austrii

i

Ministerstwo Komunikacji Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej

kierując się pragnieniem ułatwienia międzynarodowych przewozów ładunków między Austrią i Polską

uzgodniły za pośrednictwem swych pełnomocników co następuje:

Artykuł 1

1. Zwalnia się polskie pojazdy samochodowe, zatrudnione przy wykonywaniu międzynarodowych przewozów ładunków, od podatku samochodowego (Kraftfahrzeugsteuer), jeśli pobyt pojazdu samochodowego na terytorium Austrii nie przekracza 1 roku od każdorazowego przekroczenia granicy.

2. Polskie przedsiębiorstwa wykonujące międzynarodowe przewozy drogowe ładunków pojazdami samochodowymi, dopuszczonymi do ruchu w Polsce, uiszczają w Austrii podatek przewozowy (Beförderungssteuer) za każdą jazdę

Fahrt nach folgenden, nicht zusammenzurechnenden Steuersätzen:

- a) für Fahrten, deren Beförderungsstrecke 100 km nicht übersteigt 20— ö. S.,
- b) für Fahrten, deren Beförderungsstrecke zwischen 100 bis 300 km beträgt 35— ö. S.,
- c) für Fahrten, deren Beförderungsstrecke 300 km übersteigt 45— ö. S.

pro Tonne Rohgewicht der beförderten Güter.

3. Bruchteile von Tonnen sind auf volle Tonnen aufzurunden.
4. Als eine Fahrt im Sinn des Absatzes 2 gilt die Beförderungsstrecke von der Grenzübertretsstelle bis zu dem von ihr am weitesten entfernten Zielpunkt. Diese Bestimmung findet auf Beförderungen bei der Rückfahrt sinngemäß Anwendung.
5. Für Strecken, welche Kraftfahrzeuge ohne Ladung zurücklegen (Leerfahrten), wird keine Beförderungssteuer erhoben.

Artikel 2

1. Österreichische Unternehmer, die im grenzüberschreitenden Verkehr auf der Straße Beförderungen von Gütern mit in Österreich zum Verkehr zugelassenen Kraftfahrzeugen durchführen, entrichten in Polen für Lastkraftwagen mit oder ohne Anhänger die Beförderungssteuer (opłata od przewozu) nach folgenden Sätzen:

- a) bei einer Nutzlast von nicht mehr als 10 t 200— zł,
- b) bei einer Nutzlast von mehr als 10 t bis einschließlich 15 t 300— zł,
- c) bei einer Nutzlast von mehr als 15 t 360— zł.

2. Die Beförderungssteuer ist für jede Einreise eines der in Absatz 1 angeführten Kraftfahrzeuge in polnisches Gebiet zu entrichten.

Artikel 3

1. Das Übereinkommen tritt am 1. April 1968 in Kraft und bleibt auf unbestimmte Zeit wirksam.

2. Das Übereinkommen kann von jedem Vertragsteil jederzeit unter Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist gekündigt werden; in diesem Fall tritt das Übereinkommen mit dem Ablauf der Kündigungsfrist außer Kraft.

3. Zum Zweck der Durchführung dieses Übereinkommens können das Bundesministerium für Finanzen der Republik Österreich und das Ver-

welgung nachfolgenden, nicht doliczanych do siebie, stawek podatkowych:

- a) za jazdy, których odcinek przewozu nie przekracza 100 km 20 szylingów,
- b) za jazdy, których odcinek przewozu wynosi powyżej 100 km do 300 km 35 szylingów,
- c) za jazdy, których odcinek przewozu wynosi powyżej 300 km 45 szylingów

wszystko za 1 tonę brutto przewożonego ładunku.

3. Każda rozpoczęta tona zaokrąglą się wwyż do pełnej tony.

4. W rozumieniu ustępu 2 uważa się za odcinek przewozu odcinek od miejsca przekroczenia granicy aż do najdalej od niego odległego punktu docelowego. Postanowienie to ma zastosowanie również dla przewozów w drodze powrotnej.

5. Za odcinki przejazdu samochodów bez ładunku nie pobiera się podatku przewozowego.

Artykuł 2

1. Austriackie przedsiębiorstwa wykonujące międzynarodowe przewozy drogowe ładunków pojazdami samochodowymi, dopuszczonymi do ruchu w Austrii, uiszczają w Polsce opłatę od przewozu od każdego ciężarowego pojazdu samochodowego łącznie z przyczepą (naczepą) według następujących stawek:

- a) przy ładowności do 10 ton włącznie zł 200—,
- b) przy ładowności ponad 10 ton do 15 ton włącznie zł 300—,
- c) przy ładowności ponad 15 ton zł 360—

2. Opłatę od przewozu, o której mowa w ustępie 1 uiszczą się od każdego wjazdu pojazdu samochodowego na terytorium Polski.

Artykuł 3

1. Porozumienie niniejsze wchodzi w życie z dniem 1 kwietnia 1968 roku i obowiązuje na czas nieograniczony.

2. Porozumienie może być wypowiedziane przez każdą z Umawiających się Stron w dowolnym czasie, z warunkiem zachowania trzymiesięcznego terminu wypowiedzenia. W takim przypadku Porozumienie przestaje obowiązywać z upływem terminu wypowiedzenia.

3. Związkowe Ministerstwo Finansów Republiki Austrii i Ministerstwo Komunikacji Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej mogą kon-

kehrsministerium der Volksrepublik Polen unmittelbar miteinander in Verbindung treten.

GESCHEHEN in Warschau, am 5. Februar 1968, in je zweifacher Ausfertigung in deutscher und polnischer Sprache, wobei beide Texte authentisch sind.

Für das Bundesministerium für Finanzen der Republik Österreich:

Hammerschmidt m. p.

Für das Verkehrsministerium der Volksrepublik Polen:

Batkowski m. p.

taktować się bezpośrednio w sprawach związanych z wykonywaniem niniejszego Porozumienia.

SPORZADZONO w Warszawie, w dniu 5 lutego 1968 roku, w dwóch egzemplarzach, każdy w języku niemieckim i polskim, przyczym oba teksty posiadają jednakową moc obowiązującą.

Za Związkowe Ministerstwo Finansów Republiki Austrii:

Hammerschmidt m. p.

Za Ministerstwo Komunikacji Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej:

Batkowski m. p.

Klaus

124. Notenwechsel zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung von Kanada betreffend den Commonwealth Kriegsfriedhof in Klagenfurt

CANADIAN EMBASSY
VIENNA

February 28, 1968

Your Excellency,

I have the honour to inform Your Excellency that the Government of Canada is desirous of concluding an Agreement with the Austrian Federal Government on the status of the Commonwealth War Cemetery at Klagenfurt, Carinthia.

2. Accordingly, I now have the honour to propose an Agreement between the Government of Canada and the Austrian Federal Government, in the following terms: —

- (i) The Government of Canada informs the Austrian Federal Government that the Commonwealth War Graves Commission is the sole organization authorized by the Government of Canada to care for the Commonwealth War Cemetery at Klagenfurt, Carinthia.
- (ii) The Austrian Federal Government recognizes the Commonwealth War Graves Commission as being authorized to discharge the task delegated to it under sub-paragraph (i) of the present agreement in accordance with paragraph 2 of Article 19 of the State Treaty for the Re-establishment of an Independent and Democratic Austria concluded on the 15th of

(Übersetzung)

KANADISCHE BOTSCHAFT
WIEN

28. Feber 1968

Exzellenz!

Ich habe die Ehre, Eure Exzellenz davon in Kenntnis zu setzen, daß die Regierung von Kanada den Wunsch hat, ein Abkommen mit der Österreichischen Bundesregierung über den Status des Commonwealth Kriegsfriedhofes in Klagenfurt, Kärnten, abzuschließen.

2 Deshalb habe ich nunmehr die Ehre, ein Abkommen zwischen der Regierung von Kanada und der Österreichischen Bundesregierung nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen vorzuschlagen:

- (i) Die Regierung von Kanada gibt der Österreichischen Bundesregierung bekannt, daß die Kriegsgräberkommission des Commonwealth (Commonwealth War Graves Commission) die einzige Organisation ist, die von ihr zur Obsorge für den Commonwealth Kriegsfriedhof in Klagenfurt, Kärnten, ermächtigt wurde.
- (ii) Die Österreichische Bundesregierung anerkennt die Zuständigkeit der Kriegsgräberkommission des Commonwealth zur Erledigung der ihr gemäß Ziffer (i) dieses Abkommens übertragenen Aufgabe im Sinne des Artikels 19 Ziffer 2 des Staatsvertrages vom 15. Mai 1955 betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich zwi-

May, 1955, between the Union of Soviet Socialist Republics, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the United States of America, and France, of the one part, and Austria of the other part.

- (iii) The Austrian Federal Government grants to the Commonwealth War Graves Commission free of cost the permanent use of the state-owned land described as no. 207/3, land register no. 1472, cadastral community Waidmannsdorf, judicial district Klagenfurt, Carinthia, on which the Commonwealth War Graves Cemetery is situated, for the purpose of a cemetery and for as long as the said Cemetery exists. A scale map showing the boundaries of the land is annexed to this Note.
- (iv) The Austrian authorities shall inform the Commonwealth War Graves Commission without delay through the diplomatic channel in the event of any application being made by the relatives of the dead in respect of any exhumation from the graves in that cemetery.

3. If the foregoing provisions are acceptable to the Austrian Federal Government, I have the honour to suggest that the present Note and Your Excellency's reply to that effect, shall be regarded as constituting an Agreement between the Government of Canada of the one part, and the Austrian Federal Government, of the other part, which shall take effect forthwith.

I avail myself of this opportunity to renew to Your excellency the assurances of my highest consideration.

John Alexander McCordick m. p.

Ambassador extraordinary and plenipotentiary

His Excellency
Dr. Kurt Waldheim
Federal Minister for Foreign
Affairs
Vienna

schen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, den Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich einerseits und Österreich andererseits.

- (iii) Die Österreichische Bundesregierung räumt der Kriegsgräberkommission des Commonwealth den dauernden kostenfreien Gebrauch der bundeseigenen Liegenschaft Nr. 207/3 Einlagezahl 1472, Katastralgemeinde Waidmannsdorf, Gerichtsbezirk Klagenfurt, Kärnten, auf der der Commonwealth Kriegsriedhof liegt, auf die Dauer des Bestandes dieses Friedhofes und für Friedhofszwecke ein. Ein Lageplan, der die Grenzen der Liegenschaft beschreibt, ist dieser Note angeschlossen.
- (iv) Die österreichischen Behörden werden die Kriegsgräberkommission des Commonwealth unverzüglich auf diplomatischem Wege unterrichten, falls ein Antrag von Angehörigen der Bestatteten zwecks Exhumierung aus den Gräbern des Commonwealth Kriegsriedhofes in Klagenfurt gestellt werden sollte.

3. Wenn die vorstehenden Bestimmungen für die Österreichische Bundesregierung annehmbar sind, habe ich die Ehre vorzuschlagen, daß die vorliegende Note und die entsprechende Antwortnote Eurer Exzellenz als ein Abkommen zwischen der Regierung von Kanada einerseits und der Österreichischen Bundesregierung andererseits betrachtet wird, das unverzüglich in Kraft tritt.

Ich benütze diese Gelegenheit, um Eurer Exzellenz die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

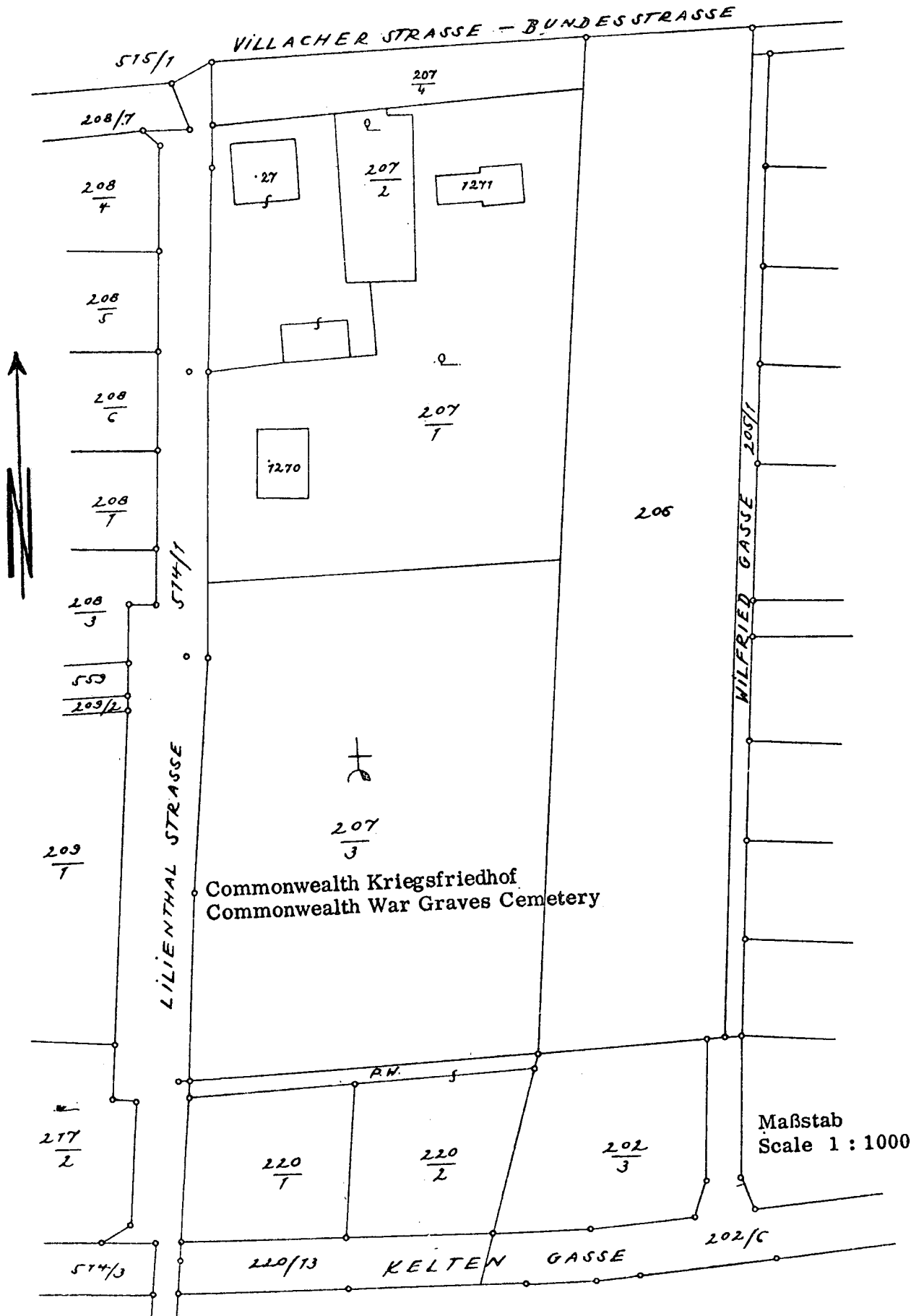
John Alexander McCordick m. p.

Außerordentlicher und bevollmächtigter
Botschafter

Seiner Exzellenz,
dem Herrn Bundesminister für
Auswärtige Angelegenheiten
Dr. Kurt Waldheim
Wien

Lageplan / Scale map

betreffend das Grundstück Nr. 207/3 / showing plot of Land No. 207/3
in der Katastralgemeinde Waidmannsdorf / registered in the cadastral community Waidmannsdorf
im Gerichtsbezirk Klagenfurt / in the judicial district of Klagenfurt



DER BUNDESMINISTER
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Wien, am 28. Feber 1968

Exzellenz!

Ich beehre mich, den Erhalt Ihrer Note vom 28. Feber 1968 zu bestätigen, die in deutscher Übersetzung folgenden Wortlaut hat:

„Ich habe die Ehre, Eure Exzellenz davon in Kenntnis zu setzen, daß die Regierung von Kanada den Wunsch hat, ein Abkommen mit der Österreichischen Bundesregierung über den Status des Commonwealth Kriegsriedhofes in Klagenfurt, Kärnten, abzuschließen.

2. Deshalb habe ich nunmehr die Ehre, ein Abkommen zwischen der Regierung von Kanada und der Österreichischen Bundesregierung nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen vorzuschlagen:

- (i) Die Regierung von Kanada gibt der Österreichischen Bundesregierung bekannt, daß die Kriegsgräberkommission des Commonwealth (Commonwealth War Graves Commission) die einzige Organisation ist, die von ihr zur Obsorge für den Commonwealth Kriegsriedhof in Klagenfurt, Kärnten, ermächtigt wurde.
- (ii) Die Österreichische Bundesregierung anerkennt die Zuständigkeit der Kriegsgräberkommission des Commonwealth zur Erledigung der ihr gemäß Ziffer (i) dieses Abkommens übertragenen Aufgabe im Sinne des Artikels 19 Ziffer 2 des Staatsvertrages vom 15. Mai 1955 betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, den Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich einerseits und Österreich andererseits.
- (iii) Die Österreichische Bundesregierung räumt der Kriegsgräberkommission des Commonwealth den dauernden kostenfreien Gebrauch der bundes-

eigenen Liegenschaft Nr. 207/3 Einlagezahl 1472, Katastralgemeinde Waidmannsdorf, Gerichtsbezirk Klagenfurt, Kärnten, auf der der Commonwealth Kriegsriedhof liegt, auf die Dauer des Bestandes dieses Riedhofes und für Riedhofszwecke ein. Ein Lageplan, der die Grenzen der Liegenschaft beschreibt, ist dieser Note angeschlossen.

- (iv) Die österreichischen Behörden werden die Kriegsgräberkommission des Commonwealth unverzüglich auf diplomatischem Wege unterrichten, falls ein Antrag von Angehörigen der Bestatteten zwecks Exhumierung aus den Gräbern des Commonwealth Kriegsriedhofes in Klagenfurt gestellt werden sollte.

3. Wenn die vorstehenden Bestimmungen für die Österreichische Bundesregierung annehmbar sind, habe ich die Ehre vorzuschlagen, daß die vorliegende Note und die entsprechende Antwortnote Eurer Exzellenz als ein Abkommen zwischen der Regierung von Kanada einerseits und der Österreichischen Bundesregierung andererseits betrachtet wird, das unverzüglich in Kraft tritt.“

Ich beehre mich, Eurer Exzellenz hiezu mitzuteilen, daß die Bundesregierung der Republik Österreich mit den Vorschlägen der Regierung von Kanada einverstanden ist, daß Ihre Note und diese Antwortnote ein Abkommen zwischen der Bundesregierung der Republik Österreich einerseits und der Regierung von Kanada andererseits, betreffend den Status des Commonwealth Kriegsriedhofes in Klagenfurt, Kärnten, bilden sollen.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Dr. Kurt Waldheim m. p.

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten

Seiner Exzellenz,
dem Botschafter von Kanada
John Alexander McCordick
Wien

Klaus